

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 10

Buchbesprechung: Die SP und ihre Jugendbewegung : Geschichte der Jungsozialisten
Autor: Egli, Werner

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Impulse zu sorgen. Führen denn sie, so ist zu fragen, den Zauberstock in der Aktentasche, mit welchem das Unternehmen SBB wieder zurück in die Gewinnzone gebracht werden kann? Sähen sie ihr Rezept darin, den Regional- oder den Stückgutverkehr ganz abzustossen und nur noch Städteschnellzüge laufen zu lassen?

Einer solchen Entwicklung ist entgegenzusteuern. Dem Personal gehört ebenfalls Sitz und Stimme in den Entscheidungsgremien. Früher war der Fall in Form der Kreiseisenbahnräte. Dass sie vor etwa 60 Jahren abgeschafft wurden, kann kein Grund sein, sie nicht wieder auferstehen zu lassen. Die Form freilich muss eine andere

sein. Eine kreisweise Aufspaltung käme nicht in Betracht. Zurückzugreifen wäre auf die bereits bestehenden Fachausschüsse für Verwaltung, Bau, Betrieb, Zugförderung, Hauptwerkstätten, Personen- und Güterverkehr. In diesen Fachausschüssen wird Jahr für Jahr eine beeindruckende Arbeit geleistet. Hier kommt die Stimme der Praktiker zum Ausdruck. Leider haben diese Ausschüsse lediglich begutachtenden Charakter. Es fehlt ihnen die Mitbestimmung. Wohl hört man sie an, aber beschlossen wird andernorts. Das ist unbefriedigend zum einen und wenig nutzbringend für die Unternehmung. Mit Sicherheit wäre bei einer Mitbestimmung der Fachausschüsse einiges anders in den

letzten Jahren gelaufen, seien es die Tarife, die Bauten, die Sicherheit im Zugverkehr, das Stückgutproblem.

Krisen sind Stunden eines möglichen Neubeginns. Neu muss das Verhältnis zum Personal werden. Eine Mitbestimmung in Fachfragen als einer ersten Etappe verstärkt den Solidarisierungseffekt mit dem eigenen Betrieb, räumt Schwellen im Dialog zwischen oben und unten aus dem Weg und öffnet dem letzten Eisenbahner die Augen ob der Wichtigkeit politischer Entscheide, weil eine Änderung des Beamtengesetzes die Zustimmung der Bundesversammlung und das Durchsetzen der Thesen der Gesamtverkehrskonzeption das Plazet des ganzen Volkes voraussetzt.

Die SP und ihre Jugendbewegung

Geschichte der Jungsozialisten

Von Werner Egli

«Wer keinen Mut zum Träumen hat, findet keine Kraft zum Kämpfen.»

Dieser Spruch eines Sprayers ist an einer Fabrikmauer in der Bundesrepublik zu lesen. Er steht als Vorwort zu der neuesten Geschichte der Schweizer Jungsozialisten. Das Buch ist die Lizentiatsarbeit des Verfassers Alfons Fischer und behandelt vornehmlich die siebziger Jahre.

Es gibt in jeder Bewegung erste Gehversuche und Vorkämpfer, wie um 1900 in Zürich Pfarrer Pflüger, nachmaliger Stadtrat. Er gründete den «Jungburschenverein Aussersihl». In den wilden Jahren dieser Jungburschenzeit mit stark anarchistischem Einschlag – man denke an Fritz Brupacher – ist zwischen der SP und der sozialistischen Jugend ein Abkommen getroffen worden. Man schrieb das

Jahr 1913. Dieser Vertrag sollte das Verhältnis zwischen Partei und Jusos regeln. Das SPS-Parteiprogramm war die politische Grundlage.

Über sechzig Jahre später, im Oktober 1979, lesen wir in einer Juso-Grundsatzerklärung: die Jusos wünschten «. . . aus der SPS wieder vermehrt eine Partei zu machen, die den Bruch mit dem kapitalistischen und den Aufbau einer sozialistischen Alternative in der Schweiz, anstrebt . . .»

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Jusos mit vielen ihrer Forderungen und Anträgen zum Salz der Parteitage der SPS geworden sind. So erinnert uns der Verfasser daran, dass schon 1977 der heutige SPS-Präsident Helmut Hubacher am Parteitag in Biel feststellte: «Die junge Generation hat in der SP Schweiz Tritt gefasst . . . Es wä-

re verfehlt, dieses radikalere Tempo einfach als jugendliche Rebellionsgymnastik abtun zu wollen . . . In diesen Beschlüssen manifestiert sich, wenn auch nicht immer realistisch, der imperative Wunsch nach einer Alternativpolitik.»

Und eben die Postulate und Forderungen zählt der Verfasser fein säuberlich auf. Es sind 29, unter anderem auch die folgenden: 35-Stunden-Woche, Mitbestimmung in Richtung Selbstverwaltung, Mindestlohn von monatlich mindestens 2000 Franken für alle. Aufbau eines Friedensinstitutes, drastische Verminderung der Militärausgaben und anderes mehr. Dieses letzte Postulat leitet hin zum Antimilitarismus.

Die Arbeiterbewegung hat dank ihrer einst vorwiegend antimilitaristischen Haltung sich lange Jahre vor der Verbürgerlichung

ferngehalten. Ein besonders grosser Teil der Jugend war in dieser Sache aktiv. Der Schreibende erinnert sich, wie nach dem Ersten Weltkrieg geschworen wurde: «Nie wieder Krieg, zerbrechen wir das Gewehr!» Die Jusos sind bis heute dieser menschlichsten aller Forderungen treu geblieben. Sie sind antimilitaristisch, denn «der Militarismus ist nichts anderes als der grösste Ausdruck des Machtcharakters, den der Staat angenommen hat und der ihm übrigens im Blute liegt» (L. Ragaz: Die neue Schweiz. 1917). Folgerichtig geht vor allem aus den Reihen der Jusos die Absicht hervor, eine Initiative zu starten mit dem Titel: «Schweiz ohne Armee.»

Auf Seite 75 des Buches wird von der Beziehung der Jusos zur Gewerkschaftsjugend gesprochen. Umfangmässig, aber auch inhaltlich ist diese Beschreibung eher dürftig ausgefallen. Dabei handelt es sich doch um junge Menschen, die als Handarbeiter – es sei ohne Gehässigkeit gesagt – oft ein schwereres Leben haben als Studierende. Dass das «gewerkschaftliche Friedensabkommen», so lesen wir, den Jungsozialisten nicht passt, ist sehr verständlich. Die heutigen, jungen Gewerkschafter haben es aber nicht geschlossen, sondern ihre Väter. Eine bessere Kontaktnahme ist aber für beide Ju-

gendorganisationen sehr dringlich. Man muss auch einmal über den eignen Schatten springen können!

Die vorliegende Arbeit zeigt auch das Auf und Ab der Jusobewegung. So muss man in den Jahren 1972/73 sogar von einem Wiederaufbau sprechen, auch die Mitgliederzahlen schwanken zwischen 650 und bis gegen 800. Weitere Aktivitäten in der Mitte der siebziger Jahre sind der Kampf für Lehrwerkstätten, Aktionstage gegen die Multis, das heisst die verhängnisvolle Rolle aufzeigen, die unsere Schweizer Multis in der Dritten Welt spielen. Einen breiten Platz nimmt die Stellung der Jusos zu den andern Jugendbewegungen ein. Sie zeigen die Ursachen der «Bewegung» mit der Feststellung auf: «Die gewalttätigen Jugendlichen mussten in einer Welt aufwachsen, in der sie dauernd mit legaler Gewalt konfrontiert wurden.» Offen sind die Jusos auch für neue ökologische Einsichten, und sie beteiligen sich am Kampf gegen Atomkraftwerke. Es ist ein reich dokumentiertes Buch, das vor uns liegt und uns Einblick gibt in eine Zeit, in der wichtige Entscheidungen fällig werden.

Geschichte der Jungsozialisten, 223 Seiten, Fr. 19.–. Verlag für politische Bildung Maur/Zürich 1983. Vertrieb: Juso, Postfach 2194, 3001 Bern.

Folgen der «Atomklärung»

Ein Austrittsschreiben

Den nachstehenden Brief hat der ehemalige Sozialdemokrat Martin Straumann aus Liebefeld an den Präsidenten der SP Köniz-Liebefeld gerichtet. Gleichzeitig gelangte er mit einer Kopie an die Redaktion der «Roten Revue» und der Bitte,

diesen Brief in unserer Zeitschrift abzurufen. Dies wollen wir tun, allerdings muss auf diesen Brief auch geantwortet werden, denn sein Inhalt könnten noch viele andere auch geschrieben haben und viele andere, die gleich empfinden wie

Martin Straumann, schreiben solche Briefe nicht. Warum wohl? Hier muss man nach einer Antwort suchen.

Bern, den 21. August 1983

Lieber Präsident, mir reicht's!

Die 32 sogenannten prominenten Sozialdemokraten haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Weil ich schon heute überzeugt bin, dass die Geschäftsleitung gegen den arroganten Pöstchenklebverein der 32 keine Sanktionen ergreifen wird, erkläre ich meinen Austritt aus der SP. Kennen Sie eine andere grosse Partei in der Schweiz, wo die Regierungsvertreter gegen eine Initiative der eigenen Partei öffentlich antreten? Ich nicht. Sicher, auch andere Parteien haben ihre Meinungsdivergenzen, ein gewichtiger Teil des FDP-Vorstandes hat in Sachen 80/100 auf unseren Strassen eine andere Meinung als die Mehrheit, dies hat jedoch nur die Presse herausgefunden. Oder in der SVP: viele Frauen wandten sich auch öffentlich gegen den dem Männer- und Familienwahn verfallene Blocher, der ein Referendumskomitee gegen das neue Eherecht präsidiert. Aber dass 32 Regierungs- und Behördenvertreter öffentlich gegen eine Initiative ihrer Wählerbasis vorgehen, das gibt es nur in der SP. Und da ist man noch erstaunt, dass die Wähler nicht mehr wissen, was die SP für einen politischen Kurs verfolgt.

Als ich vor vier Jahren in die SP eingetreten war, war das für mich eine Partei der Hoffnung, die auch politische Veränderungen durchbringen könnte, sie war insbesondere eine Wahlheimat für Leute aus den sozialen Bewegungen und nicht zuletzt für Intellektuelle wie ich. Als Intellektuellen finde ich mich keinesfalls mehr- oder überwertig, ich glaubte bloss, dass die oft ungeliebten Intellektuellen in der SP eine mehr oder weni-